



GEMEINDE NIEDERWERRN

ÄNDERUNG DES BEBAUUNGSPLANES FÜR DAS GEBIET „NORD I. ABSCHNITT“ (A 2) M.1 : 1000

Der Entwurf des Bebauungsplanes wurde mit der Begründung gemäß § 2 a Abs. 6 BBauG letztmals vom 12.05.1980 bis einschließlich 11.06.1980 in Niederwerrn, Rathaus, öffentlich ausgestellt. Ort und Dauer der Auslegung waren eine Woche vorher ortsüblich bekanntgemacht worden. Den nach § 2 Abs. 5 Beteiligten wurde Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

Niederwerrn, den 04.11.1980
 Gemeindeverwaltung
[Signature]
 1. Bürgermeister

Die Gemeinde Niederwerrn hat mit Beschluß des Gemeinderates vom 15.12.1980 den Bebauungsplan gemäß § 10 BBauG als Satzung beschlossen. Nach Art. 49 Abs. 1 GO beteiligte Gemeinderäte waren von Beratungen und Beschlüßfassungen über den Bebauungsplan ausgeschlossen.

Niederwerrn, den 18.12.1980
 Gemeindeverwaltung
[Signature]
 1. Bürgermeister

Genehmigungsvermerk gemäß § 11 des BBauG:
 Die Bebauungsplanänderung ist gem. § 11 BBauG mit Bescheid des Landratsamtes Schweinfurt vom 27.01.1981 Nr. 5.3-610-15/1 genehmigt worden.

Schweinfurt, 27.01.1981
 Landratsamt
 H.A.
[Signature]
 Mainka
 Oberregierungsrat



Die Genehmigung des Bebauungsplanes wurde im amtlichen Nachrichtenblatt der Gemeinde Niederwerrn (Niederwerrner Rundschau) vom 06.02.1981 Nr. 5 ortsüblich bekanntgemacht. Der Bebauungsplan ist damit nach § 12 Abs. 3 BBauG rechtsverbindlich.

Niederwerrn, den 06.02.1981
 Gemeindeverwaltung
[Signature]
 1. Bürgermeister

ERKLÄRUNG DER PLANZEICHEN:

Dieser Bebauungsplan enthält gem. § 9 BBauG in Verbindung mit der Planzeichen-Verordnung vom 19.1.1965 und der DIN 18003 v. Sept. 1966 folgende Hinweise, Festsetzungen und Nachrichtliche Übernahmen in Zeichnung, Farbe und Schrift.

1. HINWEISE

- GRUNDSTÜCKSGRENZE 507/22 FLURSTÜCKS-NUMMER
- BESTEHENDE HAUPT- UND NEBENGEBÄUDE

2. FESTSETZUNGEN

- GRENZE DES RÄUMLICHEN GELTUNGSBEREICHES DES BEBAUUNGSPLANES (§ 9 Abs. 5 BBauG)
- 2.1 ART UND MASS DER BAULICHEN NUTZUNG (§ 1 Abs. 1 bis 3 sowie §§ 16 u. 17 BauNVO - § 5 Abs. 2 Nr. 1 und § 9 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe a des Bundesbaugesetzes - BBauG -)
 - WA ALLGEMEINES WOHNGEBIET (gem. § 4 BauNVO)
- 2.2 MASS DER BAULICHEN NUTZUNG (§ 5 Abs. 2 Nr. 1 und § 9 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe a des Bundesbaugesetzes - BBauG - sowie §§ 16 und 17 BauNVO)
 - GRZ 0,4 = GRUNDFLÄCHENZAHL z.B. 0,4
 - GFZ 0,8 = GESCHOSSFLÄCHENZAHL z.B. 0,8
 - II ZAHL DER VOLLGESCHOSSE z.B. 2 VOLLGESCHOSSE
- 2.3 BAUWEISE, BAULINIEN, BAUGRENZEN (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe b BBauG u. §§ 22 u. 23 BauNVO)
 - NUR HAUSGRUPPEN ZULÄSSIG
 - HAUPTGEBÄUDE MIT 2 VOLLGESCHOSSEN IN FIRSTRICHTUNG
 - SD SATTELDACH
 - GARAGE
 - GEPLANTE GRUNDSTÜCKSGRENZE
 - BAUGRENZE

2.4 FLÄCHEN FÜR DEN ÜBERÖRTLICHEN VERKEHR UND FÜR DIE ÖRTLICHEN HAUPTVERKEHRSZÜGE (§ 5 Abs. 2 Nr. 3 BBauG)

- FLÄCHEN FÜR DEN FAHRVERKEHR
- FLÄCHEN FÜR DEN FUSSGÄNGERVERKEHR
- STRASSENBE- GRENZUNGSLINIE
- 2.5 GRÜNFLÄCHEN (§ 5 Abs. 2 Nr. 5 und § 9 Abs. 1 Nr. 6 BBauG)
- KINDERSPIELPLATZ

2.6 SONSTIGE DARSTELLUNGEN UND FESTSETZUNGEN

10,0 BINDERES MASS

3. WEITERE FESTSETZUNGEN:

- 3.1 Gebäude aller Art, auch Garagen, sind in massiver Bauweise zu errichten.
- 3.2 Wohngebäude sind mit Dächern zu versehen, deren Neigung bei zweigeschossigen Hauptgebäuden 38° nicht überschreiten sollen. Bei einseitigen Dachkonstruktionen sind größere Dachneigungen erlaubt. Garagen und Nebengebäude sind mit Flachdächern zu versehen, deren Neigung nicht mehr als 6% beträgt. Ausgenommen hiervon sind die Garagen, die an bereits vorhandene mit Satteldächern versehene Garagen angebaut werden müssen.
- 3.3 Dachgaupen und Kniestöcke über 40 cm Höhe, außen gemessen von Oberkante oberster Rohdecke bis Unterkante Sparren, sind unzulässig.
- 3.4 Für Reihenhäuser, Doppelhäuser, Gemeinschaftsgaragen oder Einzelgaragen, die nach den Festsetzungen des Bebauungsplanes an der Grenze zu errichten sind, wird als Bauweise die Grenzbebauung verbindlich festgesetzt. Sie sind einheitlich zu gestalten und dürfen an gemeinsamen Grenzen in Breite, Höhe und Dachform nicht voneinander abweichen. Werden die vorgenannten Gebäude nicht gleichzeitig und in einem Zuge errichtet, so ist das zuerst fertiggestellte für die nachfolgenden maßgebend.
- 3.5 Vor Garagen ist ein Stauraum von mind. 5,00 m Tiefe einzuhalten, der zur Straße hin nicht eingefriedet werden darf.
- 3.6 Die Mindestgröße der Grundstücke beträgt bei Doppelhäusern 200 qm bei Reihenhäusern 150 qm.
- 3.7 Einfriedungen an Straßen, Wegen und Plätzen dürfen eine Höhe von 1,00 m über Gehsteig-Oberkante nicht überschreiten. Gartentürchen oder Einfahrtstore dürfen in den Straßenraum, wozu auch der Gehsteig gehört, nicht aufschlagen.

ANGEFERTIGT IM AUFTRAGE DER GEMEINDE NIEDERWERRN
 AM 30.7.1979 und 24.11.1980
 VOM
 BÜRO FÜR ORTSPLANUNG, HOCH- UND TIEFBAU
 DIPL. ING. G. H A F N E R, S C H W E I N F U R T
 GELDELSHEIMER STR. 6 / TEL. (09721) 8 58 98

Gemeinde Niederwerrn
[Signature]
 1. Bürgermeister